

Teil eine Entschädigung für das eingezogene Kirchengut darstellen, dessen Wert nach Milliarden zählt.

Mit der Paritätsfrage, die eine grundsätzliche Frage des Rechtes und der Billigkeit ist, hat das alles freilich unseres Erachtens gar nichts zu tun. Das katholische Volk verlangt auch, wie ausdrücklich von uns hervorgehoben wurde („Kirchliches Handbuch“, Bd. V, S. 395/396) keine mechanische Parität, sondern eine angemessene Berücksichtigung der katholischen Bewerber, und zwar verlangen wir das im Interesse eines friedlichen Nebeneinanderlebens der Konfessionen, dem die bisherige imparitätische Behandlung des katholischen Volksteils im Wege steht.

Die Paritätsfrage ist in ein neues Stadium getreten infolge der denkwürdigen Verhandlungen im Preussischen Abgeordnetenhaufe am 14.—16. Februar 1917 (57.—59. Sitzung). Auf die Einzelheiten kann hier nicht eingegangen werden. Sie führten aber zu dem erfreulichen Ergebnis, daß der preussische Minister des Innern selbst erklärte¹: „Auch ich stelle mit Bedauern fest, daß die Zahl der katholischen höheren Beamten verhältnismäßig zu niedrig ist; sie entspricht nicht dem Verhältnis der katholischen Bevölkerung zur evangelischen. Ich will mich hier nicht auf eine Reihe von Zahlen einlassen; aber ich will auch anerkennen, daß bei 61,8 % evangelischen und 36,8 % katholischen Einwohnern der Prozentsatz der mir unterstellten höheren Beamten nur 10,6 % beträgt, mit Referendaren 10,9 %. Dieses Verhältnis ist ungünstig; es muß verbessert werden. Ich werde mir alle Mühe geben, es zu verbessern. Ich habe in dieser Beziehung schon Anordnungen gegeben, die ich mündlich und schriftlich stets in Erinnerung bringen werde. . . . Ich spreche es nochmals offen aus, daß die größere Heranziehung katholischer Beamten durchaus wünschenswert, ja notwendig ist. . . .“

Hermann A. Krose S. J.

Bevölkerungsfrage und Jesuiten vor 50 Jahren.

Die verhängnisvolle Abnahme der Geburten ist in Deutschland noch eine neue Erscheinung, die erst seit etwa der Wende des Jahrhunderts stärker ans Licht trat. Aber das schleichende Übel, das die Ursache bildet, hatte längst schon von Westen her seinen Einbruch begonnen. Schon damals, als andere Wächter des Vaterlandes noch schliefen oder gar mit dem Verderben liebäugelten, stand die katholische Kirche auf ihrem Posten und ließ ihre warnende Stimme erschallen. Die Alarmrufe wurden ihr an manchen Stellen übel vermerkt und böshaft mißdeutet. Hier ein zeitgemäßes Beispiel.

In der Pfalz war in den fünfziger und sechziger Jahren des verfloffenen Jahrhunderts der ausgezeichnete Bischof Nikolaus Weis von Speyer ein besonders warmer Förderer der Volksmissionen. Er sah es gern, daß die Pfarrgeistlichen zu diesem Werke Ordensleute auch von auswärts beriefen, und viele Pfarrer entsprachen bereitwillig diesem Wunsche. So kündigte auch das katholische Pfarramt von Neustadt a. d. H. für die Weihnachtszeit 1864 eine derartige Mission für die katholische Gemeinde an, und die königliche Regierung

¹ Amtlicher Sitzungsbericht, 57. Sitzung am 14. Febr. 1917, Sp. 3495—3496.

erteilte auf Ersuchen des Bischofs die Genehmigung. Darob, besonders aber ob der Kunde, daß drei Jesuiten dazu berufen seien, geriet die Beamten-schaft und ein Teil der Honoratioren der Stadt in Angst und Sorge. Der Bürgermeister von Neustadt wandte sich am 13. Dezember 1864 in einer breit-spürigen Eingabe an das königliche Bezirksamt Neustadt und bat, man möge die Mission verhindern. Allgemeine Gründe der Kultur- und Kirchengeschichte und des Staatswohles wurden geltend gemacht: „In den Rheinlanden zumal ist die Abhaltung einer Jesuitenmission im Jahre 1864 ein Anachronismus“, sagte der protestantische Bürgermeister. Besonders bedenklich sei eine solche in der so stark gemischten Bevölkerung. Der konfessionelle Friede, der Friede der Familien sei in größter Gefahr. Das Bezirksamt Neustadt gab diese Vor-stellung am 17. Dezember an die königliche Regierung zu Speyer weiter und fügte seinerseits neue Gründe für das Verbot hinzu:

„Bis auf ein verschwindend kleines Häuflein, welche mit den Jesuiten sym-pathisieren mögen, bis auf eine weitere Schar, welche in katholischer Ergebenheit nicht zu widersprechen wagen, bis auf eine dritte Gruppe, welche total gleichgültig sind oder sich gar von der Mission willkommenen Standal versprechen, steht der im-posantere Bruchteil der hiesigen Bevölkerung dem Unternehmen mit Ärgernis oder doch mit Unbehagen entgegen. Er erblickt in ihm ein Attentat auf die bisher ge-nossene paritätische Toleranz.“

Die Regierung in Speyer fand sich zwar nicht bewogen, die längst ge-nehmigte Mission im letzten Augenblick zu verbieten, wandte sich aber noch am 21. Dezember an den Bischof mit der Bitte, doch ja für den konfessionellen Frieden und den Schutz der gemischten Ehen zu garantieren und einen prozes-sionmäßigen Zustrom aus benachbarten Pfarreien zu untersagen. Der Bischof beruhigte die Regierung über beide Punkte, fügte aber hinzu, daß er die in den zwei Eingaben enthaltenen „Schmähungen gegen den von der katholischen Kirche approbierten Orden der Gesellschaft Jesu ernstlich zurückweisen müsse“, und „er-warte, daß in amtlichen Vorlagen solche Verletzungen gegen die katholische Kirche nicht geduldet werden“.

Die Mission fand statt und dauerte vom 25. Dezember 1864 bis zum 8. Januar 1865. An diesem Tage hielt der Bischof selber die Schlußpredigt. Der Verlauf war sehr gut. Bürgermeisteramt und Bezirksamt müssen in ihren auffallend kurz gehaltenen Berichten übereinstimmend „von der großen Frequenz der Predigten und der Fernhaltung jeder Störung aus eigener Wahrnehmung“ Zeugnis ablegen. Trotzdem sprechen beide von einem „eigentümlichen, ungünstigen Eindruck“, den „namentlich die sog. Standespredigten hervorgerufen“ hätten. Als einzigen Grund für diesen Eindruck führt der Bürgermeister an:

„Wo sie sich über die spezifischen Grundsätze der katholischen Kirche verbreiteten, waren sie zu exklusiv und bezeichneten die katholische Kirche als alleinseligmachend; wo sie aber das Zusammenleben der Eheleute, die Beziehungen der jungen Leute verschiedener Geschlechter behandelten, riefen sie bei den weiblichen Zuhörern Scham-röte, bei den männlichen Unwillen oder Spott hervor, je nach der mehr oder weniger ernstten Auffassung. So kommt es, daß eine Masse Anekdoten erzählt werden.“ ...

Noch etwas deutlicher sagt es der Bezirksamtman, daß besonders die Worte, die über die Sünden gegen den Zweck der Ehe fielen, Anstoß erregt hätten.

Die Regierung gab auch die beiden Berichte wiederum an den Bischof weiter, und dieser forderte am 6. Februar 1865 den Pfarrer von Neustadt und einige der Nachbarpfarrer, die den Predigten beigewohnt hatten, auf, über den Sachverhalt als Zeugen auszusagen. Das geschah.

Der Pfarrer der Nachbargemeinde Hambach wirft in seiner Entgegnung zuerst die Frage auf, ob die Berichterstatter „die Wahrheit sagen können und sagen wollen“. Er antwortet:

„Nun ist der Bürgermeister Protestant, sein redigierender Stadtschreiber Israelit, Herr Amtmann zwar Katholik, der aber seinen Standpunkt eigenhändig als kaum kenntlich schildert. Alle drei haben sich zum Voraus gegen die Jesuiten und gegen die Mission verwarht, also als Gegner derselben kundgegeben. Alle gestehen es selbst zu, daß sie der Mission nicht oder nicht regelmäßig beigewohnt haben. Welches Urtheil ist da zu erwarten? ...

„Was nun die positiven Anklagen betrifft, so muß ich darüber folgendes deponieren: Ich setze voraus, daß der Zweck der Ehe bekannt ist, und daß es gerade Sache der katholischen Priester, also auch der Jesuiten ist, die eheliche und jungfräuliche Keuschheit zu pflegen, jeder Ausschweifung der Ledigen und jeder Entheiligung der Ehe zu steuern, damit ein gesundes, geistig und körperlich kräftiges Geschlecht heranwachse. Das ist der bekannte Standpunkt der Jesuiten, den zu kennen man jedem Gebildeten zumuten kann. Soll ich etwa auch noch von dem Sodoma unserer Zeit und Länder hervorheben, ob es überhaupt notwendig ist, dieses Thema zu berühren? Nein. Es wird sich also nur um die Form handeln. Ich bin bereits 50 Jahre alt, seit 25 Jahren im Dienste der Kirche; ich kenne das Volk und seinen moralischen Zustand; ich glaube auch der Sprache und Redeweise kundig zu sein, in welcher man alle, auch die delikatesten Punkte behandeln kann und darf, so daß der Zweck der Buße und der heilsamen Warnung zugleich erreicht wird, ohne daß auch nur ein reines Herz verletzt wird. Ich war in allen Predigten und darin gewiß einer der alleraufmerksamsten Zuhörer. Ich sage nun: Ja, diese Punkte sind behandelt worden, aber auf die zarteste Weise, so daß niemand verletzt werden konnte.“

Der Pfarrer der Gemeinde Haßloch ergänzt die obigen Angaben in einigen Stücken. Er schreibt:

„Den Vorwurf anlangend, als hätten sich die Herren Jesuiten Schlüpfrigkeiten erlaubt, die verletzt hätten, namentlich in den Predigten über die sog. Standespflichten, Beschuldigungen, die der Bericht des Bürgermeisterrates Neustadt — wie ich höre, von dem jüdischen Stadtschreiber Levi verfaßt — produziert und das bezirksamtliche Referat reproduziert, wird folgendes bemerkt:

„Die Standespredigten hielt sämtlich Herr v. Mehlem, der älteste und erfahrenste der drei Jesuiten, und alle zeichneten sich durch ihre Ausführlichkeit und klassische Präzision aus, so zwar, daß dieser Herr, obgleich er durch Rhetorik und Persönlichkeit am wenigsten imponierte, eigentlich der Liebling der Missionsbesucher war.

„Bei der Predigt von den Standespflichten der Eheleute hat P. v. Mehlem, nachdem er von der Wichtigkeit der Ehe für Staat und Kirche gesprochen hatte,

also geredet: „Der Ehemann hat seine besondern Pflichten und das Eheweib ihre besondern, das aber sind die Pflichten, die beiden gemeinsam sind: sie sollen einander treu und in keuscher Liebe zugetan sein. Das ist keine keusche Liebe, wenn man den sinnlichen Genuß sich erlaubt, aber den Hauptzweck der Ehe zerstört, die Erzeugung. Das ist ein Kindsmord im Keime, eine Scheußlichkeit.“ — Ich fühlte sehr gut die Wucht dieser Worte, in feierlichem Augenblicke vor Tausenden gesprochen. Ihre Wirkung war, wie ich als Augen- und Ohrenzeuge konstatieren darf — ich stand in der Nähe des Herrn Amtmann — groß. Nicht Entrüstung bemächtigte sich der Zuhörerschaft, sondern atemloser Ernst. Es hatte eben geblitzt und eingeschlagen. — Ob ein wahrer Menschenkenner leugnen kann, daß die Worte, die Herr v. Mehlem gesprochen, periodisch gepredigt werden müssen, wenn nicht die Quelle des menschlichen Geschlechtes zum unnennbaren Schaden der Menschheit geschädigt oder zerstört werden soll? Staat und Kirche sind ganz gleich interessiert, daß die Zahl der Kinder die Natur oder ihr Gesetzgeber fixiere. Beim Gegenteil stünden die christlichen Deutschen unter den heidnischen Deutschen, von denen Tacitus in seiner Germania sagt: Numerum liberorum finire flagitium habetur (die Zahl der Kinder zu beschränken gilt als Verbrechen).“

Ebenso entschieden sprach sich der Pfarrer von Königsbach, der die angefochtene Predigt des P. v. Mehlem bei andern Gelegenheiten gehört hatte, für die tadellose Dezenz und Korrektheit dieser und der übrigen Missionspredigten der Jesuiten aus.

Schließlich nahm auch der Pfarrer Pfeiffer von Neustadt selber das Wort zu einem längeren Bericht, worin er mit Bürgermeister und Bezirksamtmann ziemlich unsanft ins Gericht ging. Er sagt unter anderem:

„Die Quelle, aus welcher das Bürgermeisteramt schöpft, ist das — Wirtshaus. Da werden die Anekdoten erzählt, da werden die ‚veralteten Wiße‘ daran geknüpft. Die wenigsten der sauberen Gäste haben eine Predigt gehört, und doch weiß der eine dies, der andere das, und jeder glaubt, was der andere sagt.“ (Die Wichtigkeit dieses Bildes wird an einem urfundiichen, ebenso drastischen als albernem Beispiel, wie einer der Missionäre von einem angeblichen Ohrenzeugen aus Neustadt verleumdet wurde, klargemacht.) Dann heißt es weiter:

„Es ist einmal System: die Jesuiten sollen in der öffentlichen Meinung als Auswurf der Menschheit dargestellt und gleichsam für vogelfrei erklärt werden, so will es der moderne Liberalismus im Bunde mit dem Maurertum.“

Die Schilderung des Amtmanns 3. nennt der Pfarrer frischweg „unverschämte Lüge und Verleumdung“. „Daß die Verführung jenes Punktes gerade bei einer Mission unumgänglich notwendig ist, muß jeder zugeben, der die Krankheiten unserer Zeit nur halbwegs kennt. Oder sollte es mit unserem Zeitalter schon so weit gekommen sein, daß an uns das Wort des alten Weisen sich bewährt: So weit sind wir gekommen, daß wir weder unsere Krankheiten noch deren Heilmittel mehr ertragen können?“

Der Bischof hielt die Sache für wichtig genug, sie unmittelbar dem König von Bayern zur Kenntnis zu bringen mit dem Hinweis, daß es schwerlich der königlichen Weisung entspreche, wenn die Regierung durch einen protestantischen Bürgermeister und einen jüdischen Stadtschreiber über rein geistliche Angelegenheiten der Katholiken unterrichtet werde.

Der damals blutjunge König Ludwig II. überließ jedoch die Sache seinen Ministern, und so kamen die Akten ohne merkbaren Erfolg an die Speyerische Regierung zurück. Diese begnügte sich, ihr „tiefes Bedauern über die maßlose, die gewöhnlichen Grenzen des Anstandes überschreitende Sprache der Pfarrer zu Neustadt, Königsbach und Hambach“ auszusprechen. Der Bischof entgegnete, die scharfe Sprache finde ihre Entschuldigung in dem ungehörigen Auftreten der beiden Beamten, und er setze darum voraus, daß auch ihnen das Entsprechende über ihren Fehlgriff eröffnet worden sei¹.

Wie es scheint, glaubte das bayerische Ministerium von damals dem Vaterland am besten dadurch zu dienen, daß es für die Pfalz das Abhalten von Jesuitenmissionen ohne Angabe von Gründen verbot².

Die Taktik, welche die Neustadter Honoratioren gegen die Jesuiten anwandten, wurde vor und nach dieser Zeit noch oft ausgeübt. In dem alten Kampf um die sog. Jesuitenmoral bildet der hier behandelte Vorwurf ein stehendes Kapitel. Professor W. Benschlag in Halle, der Haupturheber des Evangelischen Bundes, erzählt in seiner vielverbreiteten Flugchrift: „Gehören die Jesuiten ins Deutsche Reich?“³, mit der er damals, als Windthorst zum erstenmal den Antrag auf Wiedenzulassung gestellt hatte, die Hege des Bundes eröffnete, nachstehendes eigene Erlebnis:

„Sie (die Jesuiten) hielten ‚Missionen‘ in katholischen und protestantischen Gegenden, blendeten unkundige Protestanten mit ihren schauspielerschast einstudierten, immer auf Täuschung berechneten Schönsärbereien, eröffneten gelegentlich den katholischen Frauen und Mädchen in ‚Standespredigten‘ ihre grauenhafte Kenntnis der Sünden gegen das sechste Gebot und waren gleichwohl von Regierungen und Bevölkerungen wohlgeleitet. Ich habe die Jesuitenmission in Trier und in Halle miterlebt. In Halle fesselte P. R. mit seinen auf alle Schwächen der Zuhörer berechneten Vortragssrollen zahlreiche Protestanten. In Trier belagerten die katholischen Frauen den Dom von Mitternacht an, um einen Platz darin zu erhalten. Eines Abends kam die würdige katholische Hauswirtin unseres Divisionspredigers, eine 70jährige Witwe, aus der ‚Standespredigt‘ heim. Ich gehe nie wieder zu den Jesuiten, rief sie entrüstet aus: was ich heute in der Kirche habe hören müssen, darüber bin ich alte Frau schamrot geworden.“

Die Glaubwürdigkeit Benschlags wird in diesem Falle dadurch gekennzeichnet, daß in der ganzen Zeit, auf die sein Miterleben sich beziehen kann, gar keine Jesuitenmission in Trier gehalten wurde!

In der Gegenwart werden manche urteilsfähige Protestanten über die Prüderie Benschlags und seiner „alten Frau“ etwas verschieden urteilen. Hätte man

¹ Ausführlich und quellenmäßig ist dieser ganze Schriftwechsel veröffentlicht in dem heute wieder sehr zeitgemäßen Werke: Aktenstücke zur Geschichte der Jesuitenmissionen in Deutschland 1848—1872 von Bernhard Dühr S. J. (Freiburg i. B. 1903) 323—340. Weitere Angaben in dem zweibändigen Buche: Nikolaus von Weis, Bischof von Speyer. Von Fr. X. Kemling I (Speyer 1871) 185—202, wo ein mehreres zu finden ist über die Not, die der Bischof von der Engherzigkeit der damaligen Zeit auszustehen hatte.

² Bei Dühr a. a. O. 401 413.

³ Dritte Auflage (Berlin 1891) 38.

damals und später den Volksmissionen, einerlei ob von Jesuiten oder andern Ordensleuten gehalten (alle verkündeten ja die gleiche katholische Moral, oft fast mit denselben Worten), nicht einen so fanatischen Krieg erklärt, dann wäre es vielleicht jetzt nicht so erbärmlich notwendig, daß man in Zeitungen, Zeit- und Flugchriften, in Vereinen, Parlamenten, Volksversammlungen und Wirtschaftshäusern vor alt und jung, groß und klein den traurigen Stoff „Bevölkerungsfrage“ und was damit zusammenhängt, mitunter in ekelhafter Breite ausgeframt sehen muß.

Jetzt, nachdem alle Dämme gerissen sind, wird es vielleicht schwer sein, dem Verderben Einhalt zu bieten, selbst wenn die alten Polizeifesseln der Einzelstaaten in erster Stunde auch noch fallen. Doch wollen wir nicht verzweifeln. Ein gutes Vorzeichen für eine bessere Zukunft darf man wohl darin erblicken, daß auch auf nichtkatholischer Seite im Urteil über die „Volksmissionen“ ein Umschwung einzutreten scheint. Es wagen sich schon Stimmen hervor, welche anregen, ob man nicht diese Missionen ebenso wie das Ordenswesen¹ auch auf protestantisch-kirchlichen Boden verpflanzen solle.

Der Berliner „Reichsbote“ läßt im Schrecken über den Fall des Jesuiten-gesetzes und im Entsetzen über die königliche Osterbotschaft, die ihm als zwei „Sturmzeichen“ erscheinen, einen Prediger Haedeker zu Wort kommen, der, nachdem er sich und seinen Leuten gehörig Angst vor den „Söhnen des heiligen Ignatius“ eingejagt hat, den verständigen Schluß zieht:

„Wir müssen heraus aus dem Turm! Gerade die Jesuiten arbeiten großartig organisiert in den Volksmissionen. Sie haben Redner und Schriftsteller genug und von vorzüglichen Gaben. Haben wir sie nicht auch? Wir sollten Männer, die besonders für die öffentliche Verkündigung in Volksversammlungen und in Schriften begabt sind, für diese Arbeit freimachen. Da sollten die Kirchenbehörden eingreifen². . . Treue Kleinarbeit in den organisierten Gemeinden und treue Arbeit, die aufs Ganze geht — und dann alles von der Liebe und von der Fürbitte ernsther, bewegter Menschen getragen — ich meine, das wäre eine Antwort auf die uns gewordenen Überraschungen, und dann wollen wir die Tage erwarten, die Tage des demokratischen und des jesuitischen Ansturms!“ (Der Reichsbote Nr. 219 vom 1. Mai 1917.)

Noch viel kräftiger als Pastor Haedeker spricht sich ein anderer evangelischer Pfarrer, der Geh. Konsistorialrat Eibach, in einer Rede aus, die dazu bestimmt

¹ Man sehe diese Zeitschrift 92 (1917) 712 ff.

² Neuerdings ist in Hamburg schon eine besondere Veranstaltung, die „Wichern-Vereinigung“, gegründet worden, um die „Volksmissionen“ (auch Evangelisation genannt) für die Sache von Religion und Sittlichkeit unter den Protestanten sowohl im Felde als daheim nutzbar zu machen. Näheres darüber in „Allg. Ev.-Luther. Rztg.“ 1917, Nr. 15: „Zur Frage der Volksmission“. Der Konsistorialrat Professor G. Silbert in Rostock hat in einem Artikel der „Neuen kirchlichen Zeitschrift“ (1916, 6): „Kirchliche Volksmission“, und in einer besondern Schrift unter dem Titel „Volksmission und Innere Mission“ (Leipzig 1917) nachdrücklich und mit häufiger Bezugnahme auf das katholische Beispiel zur Nachahmung aufgefordert. Generalsuperintendent Rastan in Kiel spendete ihm dazu seinen wärmsten Beifall (Allgem. Ev.-Luther.-Kirchenztg. 1916, Nr. 39).

war, „bei Begründung eines Ortsausschusses für Volksvermehrung in einer Kur- und Großstadt“ gehalten zu werden. Nachdem der Redner verschiedenen Ständen mit heiligem Ernst das Gewissen erforscht hat, kommt er an seine Amtsbrüder und sagt:

„Auch von uns Pfarrern muß ich ein Wort reden . . ., da es so offen vor Augen liegt, daß sowohl die Heilige Schrift wie die Kirche eine rückhaltslose Sprache, eine Sprache mit Hörnern und Zähnen führt, eine Sprache, die niemand umdeuten oder mißverstehen kann. Darf sie verstummen? Soll sie ungehört verschallen und nicht verstanden werden? Sie darf es nicht! Ich habe daher oft mit einem gewissen Reiz nach dem Verfahren der katholischen Kirche bei der Behandlung der Frage geschlechtlichen Lebens geblickt. Sie hat den Weichstuhlf, in dem sie diese Fragen mit rückhaltsloser Offenheit bespricht und die Gewissen richtig zu leiten sucht. Sie hat die Missionen, bei denen erfahrene Prediger die Männer und die Frauen in gesonderten Versammlungen um sich scharen, um sie in ernster Weise zu unterrichten. Das Resultat liegt vor Augen. Der katholische Volksteil ist durch den Geburtenrückgang, wenn überhaupt, dann jedenfalls weit weniger betroffen als der evangelische.“¹

Der Vergleich zwischen einst und jetzt, zu dem die vorstehenden Zitate anregen, lehrt zwei Dinge. Es ist doch manches besser geworden, das ist das erste. Das gegenseitige Verstehen und Vertragen macht Fortschritte. Diese Wahrnehmung ist sehr erfreulich und läßt für die Zukunft Gutes hoffen. Wenn die nach Gottes Zulassung in der Religion nun einmal getrennten Volksteile schließlich friedlich im gemeinsamen Vaterlande wohnen und ihren beiderseitigen Acker nach eigenem Wissen und Verstehen pflegen, ohne zu rechtswidrigen und ungeistlichen Waffen und Mitteln zu greifen, so wird das dem Staat und dem Vaterland nur zum Segen gereichen. Auf der andern Seite (und das ist die andere Lehre) sollten die staatlichen Behörden darauf verzichten, dem religiösen Walten und Wirken der zu Recht bestehenden Kirche auf Schritt und Tritt Fesseln anzulegen und in die rein geistlichen und seelsorgerlichen Obliegenheiten, Gottesdienst, Verwaltung der Sakramente und religiöse Unterweisung, hineinzuregieren. Man darf hoffen, daß der Zusammenbruch des russischen Zäsaropapismus, den wir erleben, den Staatsmännern aller Orten, wo es not tut, die Augen darüber öffne, was bei einer ähnlichen Art von Kirchenregiment herauskommt.

Matthias Reichmann S. J.

Wagners „Parsifal“ als Dichtung.

Das Buch zu dem neuen Tonwerk, das am 12. Juni 1917 mit Hilfe allerstärkster Reklame Scharen von Musikfreunden aus ganz Deutschland ins Münchener Prinzregententheater zog, ist gewiß weit besser geschrieben als der Durchschnitt der Operntexte. Aber der sprachliche Ausdruck zeigt doch nicht die Meisterschaft, die

¹ „Deutsch-Evangelisch, Monatsblätter für den gesamten deutschen Protestantismus“, herausgegeben von Prof. Dr. M. Schian, April 1917, 160. Eine Anmerkung zum Abdruck der Rede in der genannten Zeitschrift sagt mit bezeichnendem Satonismus: „Die Rede ist nicht gehalten worden.“